



Dortmund, 12.4.2024

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD:

Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten

Die NRW-Landeskoordination des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR-SmC) bedankt sich für die Möglichkeit, zum oben angegebenen Antrag der SPD-Fraktion schriftlich Stellung zu nehmen. Wir teilen die im Antrag zum Ausdruck gebrachte Sorge um unsere Demokratie. So werden die gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie etwa vielfach dokumentiert in der 2023 herausgegebenen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Etwa geben nur 51,5% der Befragten an, sie hätten Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Des Weiteren haben auch die Billigung und Rechtfertigung politischer Gewalt deutlich zugenommen. 13,2% sind der Auffassung, einige Politiker:innen hätten es verdient, wenn die Wut gegen sie in Gewalt umschlägt.

Demokratiebildung treibt auch uns von SoR-SmC, Deutschlands größtem Schulnetzwerk, um. Bundesweit gibt es derzeit 4385 Courage-Schulen, davon 1276 in Nordrhein-Westfalen. Courage-Schulen haben sich verpflichtet, nachhaltig für die Gleichwertigkeit aller Menschen und gegen jede Form von Diskriminierung einzutreten. Ziel unseres Netzwerks ist es Schulen im Einsatz für die Menschenwürde und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit miteinander zu vernetzen. Die Landeskoordination unterstützt dies u. a. durch Veranstaltungen für Schüler:innen und pädagogisches Personal, die Bekanntmachung schulischer Aktionen und Projekte im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit sowie die Unterbreitung der vielfältigen Angebote unserer Kooperationspartner:innen. Konkret zählen zu den Angeboten der Landeskoordination u. a. die jährlichen Regionaltreffen für Courage-Schulen im Herbst auf der Ebene der fünf Regierungsbezirke. Mehrmals jährlich bieten wir für Schüler:innen in Kooperation mit der DGB-Jugend NRW bei einer dreitägigen Veranstaltung in Hattingen im Sinne von Empowerment eine Ausbildung zu Courage-Coaches an. Des Weiteren finden regelmäßig themenspezifische Qualifizierungsveranstaltungen für pädagogisches Personal statt, u. a. im kommenden Monat mit Prof. Andreas Petrik.

Die Arbeit der Landeskoordination des Courage-Netzwerks erfolgt dabei unterstützend und flankierend im Rahmen der schulischen Demokratiebildung in NRW. So gibt das Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vor, dass gemäß § 2 die Jugend erzogen werden soll „im Geist der Menschlichkeit, der

Demokratie und der Freiheit.“ Der Referenzrahmen Schulqualität NRW weist als eine Dimension (3.3) die „Demokratische Gestaltung“ auf, welche Schulen u. a. auffordert verbindliche Absprachen zu treffen im Hinblick auf ihre demokratiepädagogischen Zielsetzungen und Ziele der politischen Bildung. Diesen Referenzrahmen greift auch die Qualitätsanalyse auf, wenn es im Qualitätstableau etwa heißt, dass als Konsequenz einer demokratischen Gestaltung „den Schülerinnen und Schülern angemessene Möglichkeiten der partizipativen Gestaltung des Schullebens und der Schulentwicklung“ eröffnet werden sollen. Schließlich erklärt auch Frau Ministerin Dorothee Feller in Schule NRW/Amtsblatt Januar 2023, Demokratiebildung zu einem der Schwerpunkte der Arbeit im Ministerium für Schule und Bildung Nordrhein-Westfalen, und konstatiert: „Demokratiebildung ist eine Grundlage für das gesamte weitere Leben der Kinder und Jugendlichen in unserer parlamentarischen Demokratie. Sie unterstützt sie dabei, sich ihrer Vorstellungen und Wünsche für ein Zusammenleben in Vielfalt bewusst zu werden, sich verfassungskonforme Mittel und Wege zu erschließen um ihre Wünsche darin einfließen zu lassen und somit auch, ihre Rolle in unserer Demokratie zu finden und aktiv einzunehmen.“

Demokratiebildung kann insgesamt nicht als kurzfristige Aufgabe betrachtet werden, sondern bedarf der Nachhaltigkeit und Kontinuität. Daher stellt sich die Frage, ob es anstatt der im Antrag genannten einen jährlichen Woche der Demokratie nicht 52 Wochen der Demokratie bedarf. Derzeit existieren in vielfältiger Weise Beispiele für Demokratiebildung, die bereits jetzt in Schulen ihren Platz haben und sich über den gesamten Jahreskalender hinweg erstrecken. Exemplarisch genannt seien der jährliche Aktionstag zum Geburtstag von Anne Frank, die Internationalen Wochen gegen Rassismus im März oder die Begehung von Gedenktagen wie dem 27. Januar oder dem 9. November. Des Weiteren stellen sich grundsätzliche konzeptionelle Fragen zur im Antrag aufgeworfenen Woche der Demokratie: Welches Verständnis von Demokratiebildung liegt der Idee überhaupt zugrunde? Welche Dimensionen sollen in den Blick genommen werden? Welche Zielsetzungen sollen konkret mit einer derartigen Woche erreicht, welche Kompetenzen gefördert werden?

Gesetzt den Falls der Durchführung einer Woche der Demokratie, von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule, kann eine solche Woche aber sicherlich sensibilisieren für die Bedeutung demokratischer Bildung sowie Aufmerksamkeit schaffen. Dabei sollten nach Einschätzung der Landeskoordination auch rassismuskritische Elemente Bestandteil einer solchen Woche sein, stellt Rassismuskritik doch einen elementaren Baustein von Demokratiebildung dar. Im Falle der Umsetzung einer Woche der Demokratie wäre, wie im Antrag zurecht gefordert, das Lehrpersonal der einzelnen Bildungseinrichtungen entsprechend anzuleiten. Die Bereitstellung adäquater Ressourcen erscheint hierfür unabdingbar. Aufgrund der hohen Anzahl an Courage-Schulen in NRW ist davon auszugehen, dass im Falle einer Woche der Demokratie die Landeskoordination sowie die 54 Regionalkoordinationen in den Kreisen und kreisfreien

Städten mutmaßlich diverse Anfragen aus Netzwerk-Schulen erhalten werden mit Blick auf Unterstützungsbedarfe. Hierbei können wir als Landeskoordination u. a. zurückgreifen auf ein Netz von derzeit 98 offiziellen Kooperationspartner:innen in NRW. Diese Unterstützung durch Kooperationspartner:innen stellt eine wertvolle Unterstützung der Lehrkräfte dar, kann die Planung einer Woche der Demokratie etwa in Form der Durchführung von Workshops für Schüler:innen sehr bereichern und sich auch langfristig auf eine demokratiefördernde Schulkultur auswirken. Dies setzt gleichsam eine finanzielle Förderung der im Feld der politischen Bildung agierenden Kooperationspartner:innen voraus.

Die stetige, qualitative und vielfältige Arbeit der Landeskoordination und der 54 Regionalkoordinations trägt viele Impulse in die SoR-SmC-Schulen hinein, die im Rahmen einer Woche der Demokratie zur Geltung kommen können. Beispielsweise finden in allen Kreisen und kreisfreien Städten regelmäßige Lokaltreffen statt, in welchen die dortigen Netzwerk-Schulen zusammenfinden, Inspirationen für die Courage-Arbeit erhalten und auch Planungen für gemeinsame Aktionen und Projekte vornehmen. Diese könnten etwa zum Tragen kommen in der diskutierten Woche der Demokratie. Die Formate der Öffentlichkeitsarbeit der Landeskoordination (Facebook- und Instagram-Kanal, Rundbrief, Homepage) können den Akteur:innen bspw. auch Anregungen liefern für die Ausgestaltung einer solchen Woche an der eigenen Schule oder die Vernetzung mit anderen Schulen befördern.

Hilfreich kann bei der Konzeption einer Woche der Demokratie auch die seit 2005 bestehende Landesinitiative „Bildungspartner NRW“ sein. Diese unterstützt die systematische Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Bildungsorten. Auch von Seiten unseres Courage-Netzwerks besteht eine Zusammenarbeit mit „Bildungspartner NRW“, etwa wenn es um Gedenkstätten und Erinnerungsorte geht. Für die Realisierung einer Woche der Demokratie müssten zudem auch die Schulen mit angemessenen finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, da eine solche Woche nicht zum Nulltarif zu haben ist. Für die Verortung qualitativ wertiger Angebote an den Schulen, müssten auch die monetären Grundlagen geschaffen werden, etwa mit Blick auf das Fortbildungsbudget der Schulen. Insgesamt können bereits bestehende Formate und Angebote unseres Netzwerks im Sinne einer Woche der Demokratie also genutzt werden, wie auch die Möglichkeiten des Verweisens auf Kooperationspartner:innen. Beides kann damit auch der Entlastung von Lehrkräften für die Absolvierung einer solchen Woche dienen.

Die Forderung des Antrags, aufgrund der wachsenden Gefährdungen unserer Demokratie die erforderlichen Finanzen für Maßnahmen zur Demokratieförderung bereitzustellen, wird somit von uns explizit begrüßt. Der Bedarf der Stärkung der Demokratiebildung wird von uns als Landeskoordination des SoR-SmC-Netzwerks bestätigt. Dabei investieren wir bereits sehr konkrete Maßnahmen in die Unterstützung von Schulen, welche den Schüler:innen und dem pädagogischen Personal zugutekommen. Hiermit trägt das Netzwerk bereits dazu bei, Demokratiebildung in Schule zu fördern. Diese Arbeit möchten wir gerne

fortsetzen und verstetigen mit Blick auf den signifikanten Umstand, dass die Demokratie das unumstößliche Fundament unseres gesamtgesellschaftlichen Zusammenlebens ist.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Hüttemeister

Landeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage NRW

Bezirksregierung Arnsberg

Landesstelle Schulpsychologie und Schulpsychologisches Krisenmanagement

Ruhrallee 1-3, 44139 Dortmund